



**PRESSEMITTEILUNG
29.10.2012**

GBM*Weitlingstr. 89*10317 Berlin

Protest gegen Umgang mit Asylbewerbern

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V. (GBM) protestiert gegen die Missachtung legitimer Forderungen von Asylsuchenden durch die offizielle Politik der BRD.

Diese Haltung der BRD zeigt sich überdeutlich in den jüngsten Vorfällen im Zusammenhang mit dem Protestmarsch von Asylbewerbern über 600 km nach Berlin, wo sie ihre Forderungen nach menschenwürdiger Behandlung friedlich zum Ausdruck bringen wollen.

Wenn über Jahre gedemütigte und gemaßregelte Menschen zu solchen Protestmitteln greifen und eine Wahrnehmung ihrer Forderungen durch die Politik erwarten, dann sind nicht nur die abweisende Haltung gegen die nun bereits teilweise in den Hungerstreik getretenen Asylbewerber, sondern insbesondere die brutalen polizeilichen Maßnahmen auf das schärfste zu verurteilen.

Wir fordern alle an dieser abstoßenden, menschenverachtenden und unwürdigen Behandlung der Asylanten beteiligten Politiker und Einrichtungen des Landes Berlin sowie der BRD auf, sich unverzüglich den friedlich vorgetragenen Forderungen der Asylbewerber zu stellen und jegliche polizeiliche Gewalt gegen die Beteiligten des friedlichen Marsches und ihrer Sympathisanten zu beenden.

Die aktuellen Vorgänge sind erneuter Grund, auf die „Abschließenden Bemerkungen des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO vom 12. Juni 2011 im Ergebnis der Prüfung der Staatenberichte nach Artikel 16 und 17 des Paktes (Deutschland) zu verweisen.

Dort heißt es unter Punkt 13:

Der Ausschuss nimmt mit tiefer Besorgnis die Lage der Asylsuchenden zu Kenntnis, die keine ausreichenden Sozialleistungen erhalten, in unzulänglichen und überbelegtem Wohnraum leben, eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben und lediglich im Notfall Zugang zu gesundheitlicher Versorgung haben (Art. 2(2)).

Daraus leitet der Ausschuss ab:

Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat nachdrücklich auf, im Einklang mit internationalen Normen dafür zu sorgen, dass Asylbewerber in Bezug auf den Zugang zu beitragsunabhängigen sozialen Sicherungssystemen, zur Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt Gleichbehandlung genießen. Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat darüber hinaus auf, dafür zu sorgen, dass nationale Vorschriften betreffend Wohnbedingungen, insbesondere betreffend Überbelegung, auch auf Aufnahmezentren Anwendung finden.

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Die Forderungen der Asylbewerber befinden sich also völlig in Übereinstimmung mit den Forderungen der UNO an die BRD, ihre Politik gegenüber den Asylbewerbern endlich zu korrigieren.

Deshalb: Schluss mit der Diskriminierung von Menschen, die im reichen Deutschland, das sich als Hort der Menschenrechte feiert, eine menschenwürdige Aufnahme erhoffen aber als Last betrachtet und entsprechend behandelt werden.

Karl-Heinz Wendt
Bundesvorsitzender